

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 3

Artikel: Die Nationalratswahlen 1919-1939 : ein statistischer Rückblick
Autor: Ackermann, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334943>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Nationalratswahlen 1919—1939

Ein statistischer Rückblick

Von P a u l A c k e r m a n n

Nach einem lebhaften Wahlkampf, wie dem am letzten Oktobersonntag zu Ende gegangenen, mag es für den Politiker nicht ohne Reiz sein, in einer Mußestunde aus der lebendigen Wärme der politischen Wirklichkeit in die nüchternen Zahlenreihen der politischen Statistik zu tauchen. Denn für ihn sind ihre Daten nicht tote Ziffern, sondern beredtes Leben; sie künden von Niederlagen und Erfolgen, von wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen, von unermüdlicher Arbeit und zähem Nichtnachlassen im Kampfe um das Werden einer neuen Gesellschaft, die aus der alten heranreifend, erstehen wird.

Vom Majorz zum Proporz

So wie ganz allgemein die Organisationsformen des politischen Lebens durch die Produktionsweise der jeweiligen Gesellschaftsorganisation bedingt sind, so ist auch das Wahlsystem, nach dem die gesetzgebenden Behörden eines Landes bestellt werden, abhängig vom Stande der wirtschaftlichen Entwicklung. Das *Mehrheitswahlverfahren*, das bis zum Jahre 1918 die Grundlage für die eidgenössischen Parlamentswahlen bildete, genügte so lange den staatlichen Erfordernissen, als die Klassengegensätze den Rahmen der alle Schichten des Volkes erfassenden und damit eigentlichen Staatspartei, als welche die Freisinnige Partei bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges Geltung beanspruchte, nicht sprengten. Gerade aus diesem Grunde vermochte sich der Gedanke des Proportionalwahlverfahrens wohl zunächst in einigen in ihrem sozialen Differenzierungsprozeß stark fortgeschrittenen Kantonen durchzusetzen, nicht aber im Bunde. Hier blieben Vorstöße in dieser Richtung so lange erfolglos, als die Mehrheit des schweizerischen Souveräns der Ansicht war, daß ihren politischen und sozialen Postulaten durch das Wirken der staatsführenden Mehrheitspartei Genüge getan werde. Eine erste Initiative auf Einführung des Verhältniswahlverfahrens im Bunde wurde denn auch im Jahre 1900 von Volk und Ständen mit kräftigem Mehr verworfen. Ein zweiter Versuch vereinigte 1910 wohl eine beträchtliche Zahl von Stimmen, ja sogar die Mehrheit der Stände auf sich, blieb jedoch in Minderheit. Erst mit der weitgehenden Emanzipation der Arbeiter und Bauern von der Freisinnigen Partei, deren Politik namentlich während der Jahre des ersten Weltkrieges immer deutlicher ihren Klassencharakter als politische Organisation des Industriekapitals enthüllte, vermochte sich das Verhältniswahlverfahren auch im Bunde durchzusetzen. Am 13. Oktober 1918 stimmte die Mehrheit des Volkes und der Stände mit 299 500 gegen 149 000 und bei 19½ annehmenden gegen 2½ verwerfenden Standesstimmen dem Proportionalwahlverfahren für die Bestellung des Nationalrates zu.

Die Folgen dieses Volksentscheides waren weittragende. *Die Mehrheitsstellung der Freisinnigen Partei, die sie seit 1848 innegehabt hatte,*

brach mit der Neuwahl des Nationalrates von 1919 zusammen. Mit diesem Jahre beginnt eine neue Epoche in der politischen Entwicklung der Schweiz.

Bevor wir jedoch zur statistischen Darstellung der eigentlichen Ergebnisse der Nationalratswahlen seit der Einführung des Proporztes übergehen, sollen noch ganz summarisch einige allgemeine Zusammenhänge behandelt werden.

Wohnbevölkerung, Zahl der Stimmberechtigten, Wahlbeteiligung

Im Verlaufe der zu beobachtenden zwanzig Jahre hat sich sowohl die Wohnbevölkerung als auch die Zahl der Stimmberechtigten stark vermehrt.

Tab. 1

Wahljahr	Mittlere Wohnbevölkerung	Stimmberechtigte	
		absolut	auf 1000 Einwohner
1919	3 869 160	959 971	248
1922	3 873 900	983 238	254
1925	3 909 700	1 018 191	260
1928	3 988 200	1 066 500	267
1931	4 080 720	1 118 841	274
1935	4 158 000	1 194 910	287
1939	4 206 000	1 234 000	293

Wie diese vergleichende Übersicht zeigt, geht die Entwicklung der Zahl der Stimmberechtigten nicht parallel zu derjenigen der Wohnbevölkerung. Strukturwandlungen im Bevölkerungsaufbau führten zu einem stärkeren Anwachsen der Stimmberechtigten. Waren im Jahre 1919 von tausend Einwohnern erst 248 stimmberechtigt, so ist der Promillesatz bis 1939 auf 293 angestiegen.

Aber dieses mögliche Potential an Stimmkraft ist vom Souverän nie voll ausgewertet worden. Aus den verschiedensten Ursachen gab und gibt es immer Bürger, die sich nicht am Urnengang beteiligen. Ein bestimmter Prozentsatz derer, die zu Hause bleiben, darf dabei wohl der Gilde der Bier-, Feld-, Wald- und Wiesenpolitiker, die sich mit bloßem Kannegießern begnügen, zugezählt werden. Die Wahlbeteiligung variiert im übrigen stark nach Kantonen.

Tab. 2

Kantone m. Stimmzwang

Kantone	1919	1922	1925	1928	1931	1935
Schaffhausen	91,1	90,3	92,3	92,5	93,0	91,2
Aargau	90,7	88,3	88,7	89,5	90,5	90,2
St. Gallen	91,1	86,9	87,0	87,8	89,1	88,1
Thurgau	84,5	84,6	82,6	84,8	85,3	81,7
Zürich	84,9	79,0	77,1	78,6	76,8	80,0

Einerwahlkreise

Appenzell I.-Rh.	63,5	63,1	62,2	54,5	51,7	70,2
Nidwalden	24,7	52,0	40,3	22,9	27,3	69,1
Obwalden	36,4	44,2	33,3	23,3	25,1	50,3
Uri	47,6	30,7	37,5	46,4	44,5	61,6

Übrige Kantone

Luzern	85,6	77,5	79,0	85,7	88,6	84,4
Solothurn	88,5	83,0	83,4	86,7	88,5	83,3
Glarus	83,1	78,5	—	—	80,8	81,0
Wallis	81,8	80,3	81,8	84,7	86,6	80,2
Appenzell A.-Rh.	—	79,8	—	—	77,1	79,2
Graubünden	85,1	77,8	77,4	79,2	79,4	78,8
Freiburg	85,5	83,8	79,2	85,5	84,0	78,6
Waadt	71,3	66,9	87,1	82,6	77,6	76,1
Bern	83,4	73,3	71,1	75,3	79,6	75,5
Schwyz	78,2	76,3	74,3	82,1	82,3	74,9
Tessin	57,9	66,5	74,4	74,7	71,8	74,4
Zug	54,7	70,6	72,3	75,7	75,0	72,0
Basel-Stadt	82,9	75,6	71,8	72,2	66,0	71,5
Neuenburg	71,5	75,3	70,0	71,1	76,8	70,3
Genf	56,0	62,3	52,5	63,1	57,8	66,6
Basel-Land	83,8	69,0	67,2	60,0	62,4	66,0
Schweiz	80,4	76,4	76,8	78,8	78,8	78,3

Auch hier gilt demnach das Wort Heraklits «Der Kampf ist der Vater aller Dinge». Denn so stark die einzelnen Wahlbeteiligungsziffern auseinandergehen, einen allgemeinen Schluß ermöglichen sie dennoch: *Die Wahlbeteiligung ist um so lebhafter, je tiefer die politischen und sozialen Machtkämpfe in das Leben des einzelnen Bürgers einwirkten, je stärker das Klassenbewußtsein in ihm durch die politischen Auseinandersetzungen geweckt wurde.* Das überzeugendste Beispiel für diese These bildet die Wahlbeteiligungsziffer von 80,4 Prozent im schweizerischen Durchschnitt im Jahre 1919. Man muß sich dabei bewußt sein, daß damals nicht nur der Nationalrat zum ersten Male nach dem Proporz gewählt wurde, sondern auch, daß der ersten Proporzwahl gewaltige *soziale Kämpfe* vorangegangen waren, die das gesamte öffentliche Leben aufs stärkste aktiviert hatten. Diese Ziffer ist seither nie mehr erreicht worden. Unsere These wird aber auch durch die meist äußerst dürftigen Wahlbeteiligungsziffern in den Einerwahlkreisen bestätigt. Infolge deren sozialer Struktur handelt es sich gewöhnlich nur um Bestätigungen der bisherigen Mandatinhaber, ein Wahlgeschäft, für das ein großer Teil der Bürger nicht das geringste Interesse aufbringt.

Statistik der Nationalratswahlen 1919—1939

Bei der eingehenden statistischen Analyse¹ der Ergebnisse der im Zeitraum von 1919 bis 1939 durchgeführten sieben Nationalratswahlen soll so vorgegangen werden, daß zunächst die Resultate, also die parteipolitische

¹ Das Zahlenmaterial wurde folgenden Publikationen des Eidgenössischen Statistischen Amtes entnommen:

«Schweizerische Statistische Mitteilungen», 11. Jahrgang, 1. Heft, Bern 1929.

«Statistische Quellenwerke der Schweiz», Heft 23, Bern 1932.

«Beiträge zur schweizerischen Statistik», Heft 5, Bern 1936.

«Statistisches Jahrbuch der Schweiz», Jahrgang 1941, Bern 1942.

Gliederung des Nationalrates und daran anschließend die diesen Veränderungen zugrunde liegenden Wandlungen in der politischen Willensbildung des Schweizervolkes behandelt werden.

Die parteipolitische Gliederung des Nationalrates

Die folgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die Veränderungen in der parlamentarischen Stärke der einzelnen Parteien im Verlaufe der sieben Legislaturperioden von 1919 bis 1939.

Tab. 3

Parteien ²	1919	1922	1925	1928	1931 ³	1935	1939
Sozialdemokraten	41	43	49	50	49	50	45
Fédération socialiste ⁴	—	—	—	—	—	—	4
Kommunisten	—	2	3	2	3 ⁵	2	—
Freisinnige	60	60	60	58	52	48	50
Katholischkonservative	41	44	42	46	44	42	43
Bauern-Bürger	30	34	30	31	30	21	22
Liberal-konservative	9	10	7	6	6	6	6
Demokraten ⁶	4	4	5	3	2	4	4
Unabhängige	—	—	—	—	—	7	9
Übrige	4	1	2	2	1	7	4
Total	189	198	198	198	187	187	187

Kurz zusammengefaßt zeigt die Tabelle 3 folgende Entwicklung: Rascher Anstieg der Sozialdemokratie zwischen 1919 und 1925, von da an bleibt die Mandatzahl während der nächsten zehn Jahre beinahe konstant. 1939 gehen der sozialdemokratischen Fraktion durch die Sezession der Fédération socialiste vier Mandate verloren. — Der Freisinn, der im letzten Majorzparlament noch 109 Sitze innegehabt hatte, zog mit einem Besitzstand von 60 in das erste Proporzparlament ein und vermochte diesen Bestand bis 1928 zu halten. Seither zeigte sich ein ständiger Rückgang, der erst mit den Wahlen von 1939 eine gewisse Wende erfuhr. — Während der zwanzig Jahre von 1919 bis 1939 weist die katholischkonservative Vertretung das größte, von nur geringfügigen Schwankungen begleitete Beharrungsvermögen auf. — Auch die Bauern- und Bürgerpartei zeichnete sich bis 1931 durch eine große Konstanz in ihrer Fraktionsstärke aus, die dann aber durch die im Gefolge der Agrarkrise eingetretene Absplitterung der Jungbauern 1935 eine empfindliche Reduktion erfuhr.

Diese allgemeine Übersicht über die Entwicklung der Fraktionsstärken gewinnt an politischer Aufschlußkraft, wenn wir sie nach *Regierungs- und Oppositionsparteien* ausgliedern.

² Die Zahl der Sitze einer Partei stimmt nicht immer mit ihrer Fraktionsstärke überein.

³ BV, Art. 72, wurde in der Volksabstimmung vom 15. März 1931 in dem Sinne geändert, daß die Repräsentationsbasis auf 22 000 Einwohner erhöht wurde.

⁴ Bis 1939 zur Sozialdemokratischen Partei gehörend.

⁵ Inklusive 1 Vertreter der kommunistischen Partei-Opposition.

⁶ Demokratische Parteien der Kantone Glarus, St. Gallen, Graubünden und Thurgau, Allgemeine Volksliste St. Gallen, Fortschrittspartei Neuenburg.

Tab. 4

Parteien	1919	1922	1925	1928	1931	1935	1939
<i>Bundesratsparteien</i> . . . (Freisinnige, Katholische, Bauern u. Bürger)	131	138	132	135	126	111	115
Liberalkonservative . . .	9	10	7	6	6	6	6
<i>Regierungsparteien</i> . . .	140	148	139	141	132	117	121
Bürgerl. Opposition . . .	8	5	7	5	3	18	17
Sozialist. Opposition . . . (Sozialdem., Kommunisten, KPO, Fédération socialiste)	41	45	52	52	52	52	49
<i>Oppositionsparteien</i> . . .	49	50	59	57	55	70	66
Zusammen	189	198	198	198	187	187	187

Wir ersehen daraus drei wichtige Tatsachen:

1. Die *parlamentarische Basis der Regierungsparteien*, zu denen wir außer den im Bundesrat ausdrücklich vertretenen Freisinnigen, Katholischkonservativen und den Bauern auch die Liberalkonservativen gezählt haben, hat sich in den beobachteten zwanzig Jahren *verschmälert*. Verfügt sie im ersten Proporzparlament über 74 Prozent aller Mandate, so stützten sie sich 1939 noch auf 65 Prozent.

2. Eine zweite Tatsache ist die *Schwäche der bürgerlichen Opposition*. Darin dürfen wir uns auch durch das seit 1935 sich abzeichnende Anwachsen gewisser Oppositionsgruppen (Landesring der Unabhängigen, Freie Demokraten) nicht irre machen lassen. Bürgerliche Splitterparteien verschwinden entweder meteorhaft wie sie gekommen, oder sie spalten sich unter dem Druck der den Rahmen der Partei sprengenden Klassengegensätze. Die heutigen Krisenerscheinungen im Landesring der Unabhängigen sind letzten Endes nur eine Wiederholung dessen, was vor Jahrzehnten zur unaufhaltsamen Dezimierung der Demokraten und zur Auflösung der Grütlianner führte.

3. Im bürgerlichen Staate gibt es, seiner Klassenstruktur entsprechend, nur eine prinzipiell oppositionelle Partei, die *Sozialdemokratie*. Auch die beiden obenstehenden Tabellen zeigen, daß ihr gegenüber alle andern Oppositionsparteien von verschwindender Bedeutung sind. Auffallen wird dem aufmerksamen Beobachter jedoch die große *Konstanz der Mandatzahlen der sozialistischen Opposition*, eine Erscheinung, zu der die Listenverbindung und die Wahlkreiseinteilung, welche das Prinzip der verhältnismäßigen Vertretung nicht zur vollen Auswirkung kommen lassen, wohl einiges beigetragen hat, die aber ihre tiefen Ursachen in den dem Proportionalwahlverfahren zugrunde liegenden sozialen Machtverhältnissen hat.

So wie das Mehrheitswahlverfahren der liberalen Phase der kapitalistischen Entwicklung entspricht, so ist das Proportionalwahlssystem ihrer finanzkapitalistischen Epoche konform, denn es ermöglicht auf der Grund-

lage einer *Mehrheit von Minderheiten* neue Schichten an der Regierung teilnehmen zu lassen und deren soziale Massenbasis zu verbreitern.

Die Parteistärken

In der Demokratie sind die Parteien die Träger des politischen Lebens. Dieses beschränkt sich jedoch nicht auf das Parlament. Gerade in schweizerischen Verhältnissen, wo dem Volk durch die Institutionen von Initiative und Referendum die Möglichkeit gegeben ist, sich direkt an der Gesetzgebung zu beteiligen, ist es deshalb für die Parteien von größtem Interesse, ihren Anhang im Volke zu kennen. Dieser kommt in den *Parteistärken* zum Ausdruck.

Die folgenden Tabellen geben eine Übersicht über die von den verschiedenen Parteien im Verlaufe der sieben Proporzahlen von 1919 bis 1939 mobilisierten Wählermassen. Die auf Seite 76 wiedergegebene Tab. 5 zeigt die Entwicklung der Parteistärken zwischen 1919 und 1935.

Da 1939 in zehn Kantonen respektive Halbkantonen *stille Wahlen* stattfanden, lassen sich die Wählerzahlen nur vergleichen, wenn wir auch bei den übrigen Wählerzahlen diese Kantone ausscheiden würden; doch dürfte ein Vergleich mit den entsprechenden Wählerzahlen von 1935 genügen.

Tab. 6

Parteien	Wähler	
	Wahlkantone 1939	Gleiche Kant. 1935
Sozialdemokraten	167 973	186 822
Freisinnige	127 793	118 647
Katholischkonservative	104 841	110 722
Bauern und Bürger	93 338	91 641
Liberalkonservative	10 240	10 740
Kommunisten	7 964	10 985
Unabhängige	43 712	37 861
Übrige Parteien	61 019	71 502

Politisch bedeutsamer als die absoluten Wählerzahlen, deren Veränderungen bei allen Parteien auch durch das Anwachsen der Zahl der Stimmberechtigten mitbestimmt werden, sind die *Parteiindexziffern*, die so errechnet werden, daß der Wählerbestand jeder Partei im Jahre 1919 gleich 100 gesetzt wird. Dann ergibt sich:

Tab. 7

Partei	1919	1922	1925	1928	1931	1935
Sozialdemokraten	100	99	110	117	122	119
Freisinnige	100	98	96	95	93	82
Katholischkonservative	100	100	100	102	102	97
Bauern und Bürger	100	105	100	103	100	72
Liberalkonservative	100	105	108	76	74	87
Übrige Parteien	100	72	54	46	51	199

In dieser kleinen Tabelle widerspiegeln sich zwei Jahrzehnte schweizerischer Geschichte. Zwei Entwicklungsreihen stehen im Vordergrund: der politische *Niedergang des schweizerischen Freisinns*, dessen Massenbasis von Wahl zu Wahl schmaler wird, einerseits und das stete *Anwachsen der*

Tab. 5

Parteien	1919		1922		1925		1928		1931		1935	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Sozialdemokraten	175 292	23,5	170 974	23,3	192 208	25,8	220 141	27,4	247 946	28,7	255 843	28,0
Freisinn	215 566	28,8	208 144	28,3	206 485	27,8	220 135	27,4	232 562	26,9	216 664	23,7
Katholischkonservative	156 702	21,0	153 836	20,9	155 467	20,9	172 516	21,4	184 602	21,4	185 052	20,3
Bauern und Bürger	114 537	15,3	118 382	16,1	113 512	15,3	126 961	15,8	131 809	15,3	100 300	11,0
Liberalkonservative	28 497	3,8	29 041	4,0	30 523	4,1	23 752	2,9	24 573	2,8	30 476	3,3
Kommunisten	—	—	13 441	1,8	14 837	2,0	14 818	1,8	12 778	1,5	12 569	1,4
Uebrigere Parteien	56 609	7,6	40 586	5,6	30 647	4,1	26 284	3,3	29 021	3,4	112 619	12,3
Zusammen	747 203	100,0	734 404	100,0	743 679	100,0	804 607	100,0	863 291	100,0	913 523	100,0

zur Sozialdemokratie stoßenden Wählermassen anderseits. Wie im Parlament, so verzeichnen die Katholischkonservativen auch in ihren Wählerzahlen ein großes Beharrungsvermögen. Die Bauern- und Bürgerparteien haben 1935 eine empfindliche Einbuße an Wählern erlitten.

Von starken Schwankungen begleitet ist die Entwicklung der «Übrigen Parteien». Es handelt sich dabei um Gebilde, die meist nur regional von einiger Bedeutung sind. Ihr Anteil hat sich von 1919 bis 1928 ständig verringert, 1931 ist er ungefähr gleichgeblieben, um dann mit den Wahlen von 1935 mächtig anzuschwellen. Damals entfielen auf die verschiedenen Kleinparteien beinahe doppelt so viel Stimmen wie 1919. Den Löwenanteil davon konnte der Landesring der Unabhängigen für sich beanspruchen, der damals namentlich im Kanton Zürich beträchtliche Erfolge erzielte.

Diese gesamtschweizerischen Parteistärken gewinnen an Anschaulichkeit, wenn wir ihre *Verteilung auf die einzelnen Kantone* betrachten. Es würde zu weit führen, wenn wir dies für jede Partei, die im Nationalrat vertreten ist, tun wollten. Wir begnügen uns deshalb mit einer rekapitulierenden Übersicht über die Wähleranteile der drei großen bürgerlichen Parteien: Freisinn, Katholischkonservative und Bauern- und Bürgerpartei und schließen daran eine eingehendere Betrachtung über die kantonalen Wähleranteile der Sozialdemokratischen Partei.

I. B ü r g e r l i c h e P a r t e i e n

1. *Freisinnige Partei*: Kantone, in welchen der Anhang der Freisinnigen Partei im Zeitraum von 1919 bis 1935 gestiegen ist, sind Schwyz, Freiburg, Schaffhausen und Tessin. Nur unbedeutende Veränderungen zeigen die Kantone Luzern, Solothurn, Baselstadt, St. Gallen, Thurgau, Wallis, Neuenburg und Genf. Von einem ausgesprochenen Rückgang der freisinnigen Stimmen zeugen die Zahlen aus den Kantonen Zürich und Glarus; ferner Baselland, wo der Anteil der Freisinnigen von 51,4 Prozent im Jahre 1919 auf 23,8 Prozent bei den Wahlen von 1939 zurückging. In Graubünden ging der Aufstieg der Demokraten vor allem auf Kosten der Freisinnigen, deren Wählerzahl innert zwei Jahrzehnten halbiert wurde. Auch Aargau zeigt eine rückläufige Bewegung und von ganz besonderer Bedeutung ist der Rückgang der freisinnigen Stimmen im Kanton Waadt, wo sie 1919 noch 54,1 Prozent, 1935 aber nur noch 37,1 Prozent ausmachten.

2. *Katholischkonservative Partei*: Die Einerwahlkreise sind, mit Ausnahme von Uri, die unbestrittene Domäne der Katholischkonservativen. Die absolute Mehrheit besitzt diese Partei auch heute noch in den Kantonen Luzern, Schwyz, Freiburg und Wallis. Starke Wählerkontingente zählt sie ferner in Zug, St. Gallen und im Tessin. Auch in den einzelnen Kantonen stellen wir ein starkes Beharrungsvermögen der Katholischkonservativen Partei während der zwei beobachteten Jahrzehnte fest. Der Anteil ihrer Wählermassen an der Gesamtstimmenzahl hat sich in allen Kantonen nur in ganz unbedeutendem Maße verändert.

3. *Bauern- und Bürgerparteien*: Selbständige Bauernparteien gibt es nur in zehn Kantonen. Eine eigentliche Zäsur in ihrer Entwicklung bilden die Wahlen von 1935. Während in den vorangegangenen Wahlen

die Parteien, je nach der wirtschaftlichen Struktur des Kantons, eine gleichmäßige oder sich abschwächende Entwicklung aufwiesen, brachten die Nationalratswahlen allen Bauernparteien mit Ausnahme jener des Kantons Waadt, die sich in ihrer politischen Linie von jeher von ihren Schwesterparteien unterschieden hatte, ganz empfindliche Verluste. Ein Teil ihrer Wähler ging zu den Jungbauern über, ein anderer verteilte sich auf die übrigen Parteien.

II. Sozialdemokratische Partei

Die nebenstehende Tabelle 8 zeigt die Entwicklung der sozialdemokratischen Wähleranteile in den einzelnen Kantonen zwischen 1919 und 1939.

Beim Vergleich der einzelnen Wahljahre muß man zunächst berücksichtigen, daß zwischen 1919 und 1922 die Kommunistische Partei gegründet wurde, die 1922 zum erstenmal mit eigenen Listen an den Nationalratswahlen teilnahm und ihre Wähler natürlich in erster Linie aus den Reihen rekrutierte, die 1919 sozialdemokratisch gestimmt hatten. Daher der Rückgang der sozialdemokratischen Wähler in den Kantonen Zürich, Baselstadt, Baselland und Schaffhausen. Der Einfluß der Kommunistischen Partei hat sich auch in den spätern Jahren nie über diese drei Zentren hinaus ausgedehnt. Aber auch hier hat die Sozialdemokratische Partei den Ausfall, den sie 1922 erlitt, rasch überwunden. So zeigt besonders der Kanton Zürich von 1922 bis 1931 wachsende sozialdemokratische Wählerzahlen. Der Rückschlag von 1935, dessen tiefere Ursachen in der Partei eingehend gewürdigt wurden⁷, ist bei den Wahlen von 1939 teilweise bereits überwunden worden.

Das Gesamtergebnis der Entwicklung im Zeitraum von 1919 bis 1939 ist für die Partei ein durchaus erfreuliches. *In der überwiegenden Zahl der Kantone ist die Sozialdemokratie in stetem Vormarsch.* Besonders starke Wählerkontingente musterte unsere Partei von jeher in Appenzell A.-Rh., Neuenburg und Genf. Der Kanton Schaffhausen ist ein überzeugendes Beispiel, wie durch die einheitliche Zusammenfassung der politischen Kräfte der Arbeiterschaft auf der Grundlage des realpolitisch Möglichen ihre Gesamtposition gestärkt wurde. Seit der Liquidierung der Spaltung hat die Sozialdemokratie im Kanton Schaffhausen ihren Einfluß derart gesteigert, daß sie im Jahre 1939 44,1 Prozent der Wähler für sich gewann.

In den meisten Kantonen ist der Anstieg am stärksten zwischen 1922 und 1925, so in den Kantonen Zürich, Bern, Solothurn und Aargau. Langsam, aber stetig wächst der Anteil der Sozialdemokratie durch alle Wahlen hindurch auch in den mehrheitlich katholischen Kantonen Luzern, Freiburg und ganz besonders im Wallis, wo sich die sozialdemokratischen Stimmen in diesen zwanzig Jahren mehr als verdoppelt haben.

Stadt und Land

Kommt schon in den vorhergehenden Tabellen ein weitgehender Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und sozialer Schichtung einerseits

⁷ Vgl. «Rote Revue», 15. Jahrgang.

Tab. 8

Sozialdemokratische Partei

Wähler

Kantone	1919		1922		1925		1928		1931		1935		1939	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Zürich	37 409	32,9	31 938	29,3	41 157	36,1	49 160	37,9	55 516	40,2	45 788	29,7	46 665	31,4
Bern	39 243	27,7	36 329	28,2	43 262	33,4	46 724	33,2	52 519	33,7	52 980	34,0	43 602	30,1
Luzern	3 720	10,1	3 977	11,3	4 191	11,4	5 536	13,0	5 192	11,3	6 593	13,9	st. W.	—
Schwyz	2 587	22,3	2 674	22,6	3 102	26,3	2 716	20,3	2 677	19,7	2 630	19,9	st. W.	—
Glarus	—	—	—	—	st. W.	—	st. W.	—	1 854	24,3	2 186	27,0	2 248	30,9
Zug	1 264	30,2	1 267	22,8	1 333	23,9	1 447	22,7	1 715	25,7	1 620	23,9	st. W.	—
Freiburg	2 308	7,8	2 146	7,2	1 977	7,0	2 354	7,6	2 406	7,7	2 700	8,6	—	—
Solothurn	8 688	29,9	7 380	26,6	8 036	26,8	9 313	28,3	10 582	29,9	10 622	30,1	st. W.	—
Basel-Stadt	10 258	40,8	7 317	29,2	8 542	32,8	8 098	28,8	8 923	31,4	12 915	36,9	11 636	33,2
Basel-Land	4 530	28,4	3 447	24,6	4 149	28,0	4 430	31,1	5 763	37,4	5 586	31,8	4 711	27,2
Schaffhausen	3 500	31,8	2 047	19,9	—	—	1 426	12,6	1 744	15,2	5 258	41,8	5 818	44,1
Appenzell A.-Rh.	st. W.	—	3 685	35,1	st. W.	—	st. W.	—	3 023	32,0	5 317	53,7	st. W.	—
St. Gallen	9 262	15,7	9 518	16,9	10 991	19,3	13 170	22,1	13 363	21,8	11 519	18,6	9 920	16,3
Graubünden	3 184	12,9	3 351	15,0	2 683	12,2	3 090	12,9	4 127	16,7	3 640	13,8	2 656	9,7
Aargau	14 025	27,8	15 276	29,8	18 696	34,5	20 668	36,3	21 273	35,1	22 621	35,9	21 576	33,7
Thurgau	4 804	17,1	4 987	18,2	5 566	20,3	6 950	23,7	7 620	25,5	8 374	27,9	8 220	27,4
Tessin	4 867	20,5	3 674	14,7	3 203	12,5	3 627	13,5	4 339	15,8	4 828	15,5	st. W.	—
Waadt	9 190	16,5	12 599	23,1	17 133	23,7	17 479	24,9	19 448	28,0	21 490	28,7	st. W.	—
Wallis	1 839	6,7	2 339	8,7	2 596	9,1	4 039	13,3	3 521	11,0	4 419	14,2	st. W.	—
Neuenburg	9 186	37,6	9 249	36,7	9 305	39,6	10 314	41,4	12 026	44,0	11 502	46,5	st. W.	—
Genf	5 428	25,4	7 774	32,1	6 286	31,5	9 600	36,8	10 615	40,5	13 255	41,7	st. W.	—
Schweiz	175 292	23,5	170 974	23,3	192 208	25,8	220 141	27,4	247 946	28,7	255 843	28,0	—	—

— = Nichtbeteiligung

St. W. = stille Wahl

und politischer Willensbildung andererseits zum Ausdruck, so werden diese Zusammenhänge noch deutlicher, wenn wir die Wähleranteile der einzelnen Parteien nach ihrer städtischen oder ländlichen Herkunft gliedern.

Tab. 9 *Nationalratswahlen 1931*

	Von 100 Wählern jeder Gemeindeart sind:				
	Sozdem.	Freis.	Kathkons.	Bauern	Andere
Großstädte (über 100 000 Einw.)	44,1	23,9	8,8	6,3	16,9
Mittelstädte (20 000—100 000 Einw.)	42,0	31,9	12,4	2,6	11,1
Kleinstädte (10 000—20 000 Einw.)	40,7	33,3	12,8	5,7	7,5
Städte total	42,7	28,3	10,7	5,0	13,3
Landgemeinden	22,9	26,4	25,8	19,6	5,3
Schweiz	28,7	27,0	21,4	5,3	7,6

Die Tabelle 9 zeigt, wie sich die Wähler in den drei Städte­kategorien und in den ländlichen Gemeinden im gesamtschweizerischen Durchschnitt auf die verschiedenen Parteien verteilen. Mit wachsender Einwohnerzahl steigt auch der Anteil der sozialdemokratischen Wähler von 22,9 Prozent in den Landgemeinden auf 40,7 in Klein-, 42,0 in Mittel- und 44,1 Prozent in Städten über 100 000 Einwohner. Die freisinnigen Wahllisten verlieren um so mehr an Zugkraft, je größer die Stadt ist; ihr Prozentsatz ist in den Kleinstädten relativ am größten. Sowohl katholischkonservative wie bäuerlich-gewerbliche Wähler bilden in den Städten eine ausgesprochene Minderheit. Bei den Landgemeinden ist das Verhältnis, bei großen regionalen Unterschieden, im schweizerischen Durchschnitt weit ausgeglichener.

Es wäre jedoch ein völliger Trugschluß, aus diesen Zahlen zu folgern, daß die Sozialdemokratische Partei ihre Wählermassen zur Hauptsache aus der städtischen Bevölkerung rekrutiere. Im Gegenteil. Wenn man die absoluten Wählerzahlen nach Gemeindegruppen in Prozentzahlen umrechnet, so ergibt sich für 1931 das folgende Bild:

Tab. 10 *Nationalratswahlen 1931*

	Von 100 Wählern jeder Partei wohnten in Städten				
	Groß- städten	Mittel- städten	Klein- städten	Zu- sammen	Land- gemeinden
Sozialdemokraten	22,1	14,0	7,6	43,7	56,3
Freisinnige	12,3	11,4	6,6	30,3	69,7
Katholischkonservative	5,9	5,5	3,2	14,6	85,4
Bauern und Bürger	6,0	1,6	2,0	9,6	90,4
Kommunisten	52,8	18,2	1,7	72,7	27,3
Übrige Parteien	25,3	12,5	6,4	44,2	55,8

Gab die Tabelle 9 Auskunft, wie die Wähler der einzelnen Gemeinde­kategorien sich auf die verschiedenen Parteien verteilen, so zeigt Tabelle 10 die *Verteilung der Wähler auf Stadt und Land*.

Kommunisten und Bauern- und Bürgerparteien bilden hier die eigentlichen Gegenpole. Mehr als die Hälfte der kommunistischen Wähler entstammte Städten über 100 000 Einwohner; neun Zehntel der bäuerlichen und gewerblichen Wähler wohnen in Landgemeinden. Mehr als vier Fünftel aller katholischkonservativen Stimmen entfallen auf jene ländlichen Gebiete, in denen das kleinbäuerliche Element überwiegt. Eine Mittelstufe hält die Freisinnige Partei inne.

Die sozialdemokratischen Wählermassen verteilen sich fast zu gleichen Teilen auf Stadt und Land. Die Ursachen hierfür liegen in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Aus Gründen ihrer Entstehung folgte die schweizerische Industrie den Flußläufen und ist damit weitgehend dezentralisiert. Sobald eine Gegend aber einmal industrialisiert ist, folgt ihr mit den Umwälzungen in den Bedingungen des materiellen Daseins, die sozialistische Arbeiterbewegung, und unter ihrer Führung bricht in den arbeitenden Massen das Klassenbewußtsein durch.

So finden die ökonomischen und sozialen Wandlungen in langsamem unaufhaltsamem Werden ihre Widerspiegelung in der politischen Willensbildung des Volkes.

Erinnerungen an die Kämpfe für die Einführung des proportionalen Wahlverfahrens

Von Dr. Fritz Studer

Am 31. Oktober hat das Schweizervolk zum achten Male seine Vertretung im Nationalrat nach dem «Proporz» bestellt. Der heutigen Generation scheint diese auch in weitaus den meisten Kantonen nun gültige Wahlart eine ganz selbstverständliche staatliche Einrichtung zu sein; nur die älteren Politiker erinnern sich an die jahrelangen ungemein lebhaften Kämpfe, welche die Anhänger eines gerechteren Wahlverfahrens, das auch den Minderheiten die ihr zukommende Vertretung in den gesetzgebenden Behörden garantiert, zu führen hatten. Es kostete jahrzehntelange intensive Arbeit, bis endlich das Schweizervolk die Bemühungen belohnte. Man findet zwar auch heute noch in gewissen Zukunftsprogrammen und politischen Erörterungen über eine baldige Verfassungsrevision Wünsche oder Forderungen auf Beseitigung des «Proporz» und Rückkehr zum «Majorz»-System. Da mag es nicht abwegig sein, die Erinnerungen an die großen Auseinandersetzungen zur Zeit der Jahrhundertwende, zwischen den Anhängern des damals geltenden eidgenössischen Gesetzes und den Freunden einer proportionalen Bestellung des Nationalrates, wieder aufzufrischen. So will ich dem an mich gerichteten Wunsche der Redaktion entsprechen und versuchen, einige Episoden aus den schweren Kämpfen von damals herauszugreifen, die auch für die heutigen jungen Politiker ein lebendiges Interesse haben mögen. Ich war schon im Kampfe um die «Doppelinitiative» aktiv dabei, und vom November